

25. Jüni 1917

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jany Michew,*
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 25. Juni 1917. Nr. 136.

Bürgerklub. Unter dem Vorsitz des Obmann-Stellvertreters Regierungsrat Schmid hielt der gemeinderätliche Bürgerklub vor der Gemeinderatssitzung eine Beratung ab, welche sich mit dem Voranschlag für das Jahr 1917/18 beschäftigte. Das Referat erstattete Vizebürgermeister Hoß, welcher die gestellten Anträge eingehend begründete. Die Debatte wurde durch Mitteilungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eingeleitet und beteiligten sich an ihr folgende Gemeinderäte: Angeli, Breuer, Eigner, Gebhart, Langer, Roth, Ullreich, Vaugoin und Wippel. Nach dem Schlusswort des Referenten wurden die gestellten Anträge einhellig genehmigt.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung vom 25. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

bringt zur Kenntnis, daß der Kaiser in huldvollster Genehmigung des vom Stadtrate gefaßten Beschlusses die Umbenennung des Opernringes in „Kaiser Karl-Ring“ und des Kärntner Ringes in „Kaiserin Zita-Ring“ gestattet hat.

Auf die Glückwünsche des Bürgermeisters anlässlich der Verlobung des Erzherzogs Max sind folgende Antworten eingelangt: „Eure Exzellenz bitte ich für den so überaus liebenswürdigen Glückwunsch meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Erzherzog Max“ - „Für die so überaus freundlichen Glückwünsche, die Euer Exzellenz mir anlässlich der Verlobung meiner Tochter namens unserer lieben Vaterstadt auszusprechen die Güte hatten, bitte ich in treuer Anhänglichkeit meinen tiefgerührten ergebensten Dank entgegenzunehmen. Konrad Hohenlohe“.

Frau Ida Mittler dankt für die Teilnahme der Wiener Gemeindevertretung anlässlich des Todes ihres Gatten, des Gemeinderates Dr. Alfred Mittler.

Der Bürgermeister teilt mit, daß ein Schreiben des Gemeinderates Reumann vorliege, in welchem er sein Stadtratsmandat zurücklege.

Bgm. Dr. Weiskirchner bringt ferner zur Kenntnis, daß in Ausführung des Beschlusses des Gemeinderates am 20. und 21. d.M. der Oesterreichische Wasserstraßenrat in Wien zusammengetreten ist, der insbesondere von liebwerten Gästen aus Deutschland ungemein stark besucht war. Nach mühevollen Verhandlungen sei ein Ausgleich der Interessengegensätze zustande gekommen und eine Resolution beschlossen worden, welche der Bürgermeister zur Kenntnis brachte.

Ferner teilt der Bürgermeister mit: In der Gemeinderatssitzung vom 4. d.M. brachte Gemeinderat Kunschak über nichtsachgemäße Behandlung des auf dem flachen Lande in Niederösterreich requirierten Fettes eine Interpellation ein. Ich habe, sagte der Bürgermeister, diese Interpellation dem Statthalter zur Kenntnis gebracht und auch den Inhalt eines an mich in der gleichen Sache gelangten Schreibens mitgeteilt. Der Statthalter erwidert, daß die aus dem Postbereiche Neudorf bei Staatz zugekommene Beschwerde darüber, daß das in den dortigen Dörfern lagernde Schmalz nicht rechtzeitig abtransport und daher dem Verderben ausgesetzt sei, den gepflogenen Erhebungen zufolge vollkommen aus der Luft gegriffen ist, da diese Fettmengen sofort nach der Einsammlung von der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach abdepotiert wurden. Der Statthalter stellt ferner fest, daß alle Revisionen die völlige Unhaltbarkeit der Beschwerden über Verderben von Fett und dessen mangelhafte Aufbewahrung ergeben haben und daß die umschwirrenden Gerüchte auf Ausstreuungen von Personen zurückzuführen sind, deren Interessen die Fettaufbringung zuwiderläuft. (Widerspruch.) Bitte das zur Kenntnis zu nehmen, wir werden darüber noch weiter reden.

Gespendet haben:

Großhändler Georg Schneider je 250 K für die Armen des 6. Bezirkes und für die Ferienfürsorge des Bezirkes.

Helene Dumba 100 K für Arme des 13. Bezirkes;

Bezirksvorsteher Kuhn 100 K für die Zöglinge des 4. städtischen Waisenhauses;

Bezirksvorsteher Karlinger teilt mit, daß die an Stelle des entfallender Bürgerballes stattgefundene Wohltätigkeits-Konzert-Akademie ein Reinertragnis von 2852 K ergeben hat, welches verschiedenen humanitären Vereinen des Bezirkes zugeführt wurde;

Die Hilfsaktion „Dänische Deckenarbeitsstelle“ hat den Armen Wiens 500 Paar dänische Kinderholzschuhe im Werte von 2000 K gespendet.

Für die städtischen Sammlungen hat Magistratsdirektor Dr. Mochtern verschiedene alte Musikalien und Medizinalrat Dr. Krueg die Totenmaske des Publizisten August Zang gespendet.

Gemeinderat Stein stellt folgende Anfrage:

Soeben wird mir folgender Vorfall berichtet: Am sogenannten „Platz“ im 3. Bezirk gegenüber der Rochuskirche waren heute morgens gegen 80 Leute von 5 Uhr bis 8 Uhr, also 3 Stunden lang angestellt, um „Gemeinde“-Kraut zu erwerben. Nach langem Warten erschienen endlich 2 Fässer in zirka 1 m Höhe und 1 m Breitendurchmesser. Die Erstangestellten erhielten ihre Portion Kraut, welches einen eigenartigen petroleumähnlichen Geruch verbreitete. Als jedoch der verteilende Marktdiener in eine tiefere Schicht griff, wurde der Petroleumgeruch so stark, dass der anwesende Wachmann hinzukam und den weiteren Verkauf inhibierte, da er das Kraut in diesem Zustande für verdorben und gesundheitsschädlich erkannte. Es stellte sich heraus, dass die städtischen Organe das Kraut - höre und staune - in Petroleumfässer eingestampft hatten. Die 3 Stunden angestellt gewesenen Frauen und Mädchen entfernten sich weinend. Ich erwähne noch, dass 3 Wochen lang kein Sauerkraut erhältlich war.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist Seine Exzellenz geneigt, den geschilderten Vorgang untersuchen zu lassen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und ihnen den Ersatz des verursachten Schadens, sowie eine strenge Bestrafung dieses gewissenlosen Vorgehens aufzuerlegen, sowie Massnahmen zur Verhütung derartiger Vorfälle zu treffen?

Vorsitzender Bgm. Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation ist mir vor eine Stunde zugekommen. Es war selbstverständlich in dieser kurzen Zeit nicht möglich Erhebungen zu pflegen, welche notwendig sind. Ich kann nur versichern, dass von städtischen Organen kein Kraut eingestampft wurde, dass dies entweder von den Sauerkrauthändlern geschehen ist oder dass das Sauerkraut in fertigem Zustande von der „Oezeg“ angekauft wurde. Ich werde die näheren Mitteilungen morgen dem Gemeinderate zur Kenntnis bringen.

GR. Bretschneider stellt folgende Anfrage:

Das Anstellen um Fleisch nimmt in Wien immer grösseren Umfang an. Frauen und Kinder, diese oft noch im schulpflichtigen Alter stelen Tag und Nacht hindurch um ein kleines Stück Rindfleisch von meistens sehr minderer Qualität zu erhalten. Zu oft kommt es vor, dass viele von den stundenlang Wartenden heimkehren müssen, ohne auch nur das kleinste Stückchen Fleisch erhalten zu haben. Das führt dazu, sich noch früher anzustellen. Bei dem Geschäfte der Grossschlächtereier A.-G. in Floridsdorf, Am Spitz beginnen sich die Frauen und Kinder um 12 Uhr mittags anzustellen, um am nächsten Tag doch zu ihrem Fleisch zu kommen. Ungeheuer ist der Schaden, den die Gesamtheit und jeder einzelne „Angestellte“ durch den Zeitverlust erleiden. Bei den Kindern kommt der noch schwerwiegendere Umstand in Betracht, dass sie ohne Aufsicht dem demoralisierenden Einfluss der Strasse überlassen sind und dass sie häufig wegen des Anstellens die Schule versäumen. Geradezu furchtbaren Schaden erleiden sie in körperlicher und geistiger Beziehung. Wenn nicht bald getrachtet wird, diesen Uebelstand abzustellen, werden die Folgen schrecklich sein.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, endlich jene Mittel in Anwendung zu bringen, die verhindern, dass sich Bemittelte immer noch Fleisch in beliebiger Menge und bester Qualität verschaffen können, während die Unbemittelten nach tagelangem Anstellen oft keines oder wenn sie das Glück haben ein Stück Fleisch zu erhalten, so nur in ungenügender Menge und mindester Qualität?

Ist ferner der Herr Bürgermeister geneigt in Erwägung zu ziehen, durch Ausgabe einer Fleischkarte eine gleichmässige und rayonierte Verteilung herbei zu führen?

Vors. Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, er werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Herold stellt folgende Anfrage:

Die von mir im vorigen Jahre gegebene Anregung, betreffs Einführung von Haferreis und Haferschleim als Kostaufbesserung für Kinder, wurde vom Bürgermeister mit grösster Zuverlässigkeit und Bereitwilligkeit aufgenommen.

Zahlreiche Briefe aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung an mich gerichtet, bekunden den besten Erfolg meiner Anregung.

Aber leider tritt in diesen Zuschriften die Klage mit auf, dass der Bezug des Haferreises mit den grössten Schwierigkeiten und sogar mit Unkosten bei den Bezugsquellen sowie bei den magistratischen Bezirksämtern verbunden ist.

Wäre es nicht möglich, dass der Bürgermeister eine grössere Erleichterung und Vereinfachung betreffs des Bezuges dieses wichtigen Nahrungsmittels, veranlassen würde, die diese lästigen und drückenden Uebelstände ganz beseitigen würden.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Kontrollvorschriften für den Bezug von Haferreis für stillende Mütter wurden vom Amte für Volksernährung erlassen. Es kann nicht geleugnet werden, dass die Erlangung der für den Bezug von Haferreis vorgeschriebenen Bestätigung des behandelnden Arztes oder der Hebamme häufig auf Schwierigkeiten stösst, welche sich insbesondere in jenen Fällen ergeben, in welchen seit der Geburt des Kindes bereits ein grösserer Zeitraum verstrichen ist. Leider trägt hiezu das Verhalten der Krankenanstalten bei, welche nach Mitteilung des Stadtphysikates aus Gründen, welche dem Magistrate unbekannt sind, die Ausstellung der Bestätigung für die in den Anstalten geborenen Kinder bisher verweigert haben. In dieser Hinsicht hat der Magistrat an die Statthaltereier berichtet und die Abstellung dieses Vorganges verlangt. Weiters kommen Fälle vor, in welchen von der Brotkommission die Ausstellung der Haferreiskarte deshalb verweigert werden muss, weil auf der von der Hebamme ausgestellten und unterfertigten Bestätigung nicht die Stampiglie der Hebamme beigezeichnet ist. Ich habe die Verfügung getroffen, dass diese Karten ausgefolgt werden, wenn der Arzt die Richtigkeit der Unterschriften bestätigt und die Brotkommissionen auf die Beibringung der Stampiglie verzichten, weil die wenigsten Hebammen eine Stampiglie besitzen. Ich kann den Herrn Referenten versichern, dass ich alles tun werde, damit die stillenden Mütter der Bezugsberechtigung dieses für sie wichtigen Nahrungsmittels teilhaftig werden.

GR. Ignatz Fischer stellt folgende Anfrage: Einem Händler, der grössere Mengen grüner Erbsen auf einen Wiener Markt brachte und diese zwecks Weiterverkauf an Konsumenten zum Höchstpreise von K 2.70 pro Kilo den Detailhändlern zum Höchstpreise von K 2.50 überlassen wollte, wurde die Bewilligung hiezu versagt. Das Marktkommissariat hat angeblich den behördlichen Vorschriften gemäss angeordnet, dass der Grosshändler die Ware allein an Konsumenten abgeben. Die Folge war, dass hunderte von weiblichen Personen warten mussten, bis sie den Einkauf besorgen konnten.

Da das stundenlange Warten der armen Frauen auf den Strassen und Märkten, welches nicht genug gezeisselt werden kann, nur eine Folge schlechter Organisation ist, müssen Massnahmen getroffen werden, damit diesem traurigen Zustande ein Ende gemacht werde.

Wiener Allgemeine Anzeiger
Verleger: Leopold Siman
Nr. 1, 1854

Handwritten signature or initials in blue ink.



Es ist daher ebenso bedauerlich als unverständlich, dass eine Marktbehörde Verfügungen trifft, die das Gegenteil bezwecken und wodurch die kleinen steuerzahlenden Händler in ihrem Gewerbe empfindlich geschädigt werden.

Ich bringe diesen Fall dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis und stelle die Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sofort zu verfügen, dass die Abgabe von Gemüse und Obst nicht auf einzelne Stellen beschränkt bleibt, sondern dass die Grosshändler gezwungen werden, allen Kleinverschleissern Ware zum festgesetzten en gros-Preis abzugeben, damit der Weiterverkauf an Konsumenten zum Höchstpreise erfolgen kann?

BGM. Dr. Weisskirchner: Ich bedauere ausserordentlich, dass ich die vom Interpellanten erbetene sofortige Verfügung nicht treffen kann. Die Zufuhren nach Wien sind derartig mangelhaft, dass in erster Linie die Märkte versorgt werden müssen. Namentlich in der letzten Zeit waren die Zufuhren so gering, dass auf den wichtigsten Märkten ein Warenmangel zu verzeichnen war und wenn wir nicht die Märkte dotieren, so haben wir es mit den breiten Massen der Bevölkerung zu tun. Der geschilderte Vorfall ist mir nicht bekannt, ich werde darüber Erhebungen pflegen lassen. Sobald die Zufuhren steigen werden, so werde ich sofort für eine weitgehende Dezentralisierung sorgen.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen und VBM. Hoss erstattet folgenden Bericht über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1917/18.

Als wir vor Jahresfrist darangingen, den Haushaltsplan der Gemeinde für 1916/1917 festzustellen, da hatte wohl jeder von uns die Hoffnung, dass es der letzte Kriegsvoranschlag sei, mit dem wir uns zu beschäftigen haben. Diese Hoffnung hätte sich auch erfüllen können, wenn unsere gemeinsamen Gegner zur Einsicht kommen wollten, dass wir keinen Eroberungskrieg führen, sondern in berechtigter Abwehr für den Bestand unseres Vaterlandes, die freie Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete und unsere Ehre zu den Waffen greifen mussten, jedoch auch im geeigneten Augenblicke, wo wir nach jeder Richtung den Beweis über unsere militärische und wirtschaftliche Kraft voll erbringen konnten, nicht abgeneigt waren, zu einem gerechten und ehrenhaften Frieden die Hand zu reichen. Diese edle Tat unseres jungen Kaisers fand bei der gegnerischen Mächtegruppe kein Verständnis.

So müssen denn unsere tapferen und heldenmütigen Heere und braven Völker weiter ausharren, bis jene vom Geiste der Zwietracht und Herrschaft Besessenen endlich einsehen werden, dass wir unbesiegbar sind, oder bis ihnen ihre eigenen getäuschten Völker die Macht entwinden werden, die sie so entsetzlich missbraucht haben. Gott gebe es, dass der eine oder andere Fall möglichst bald eintrete und uns ein ehrenvoller Friede beschieden werde.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, dass wir unseren tapferen Wienern im Felde für ihre treue Pflichterfüllung für Kaiser und Vaterland den herzlichsten Dank aussprechen und gleichzeitig den aufrichtigen Wunsch daranknüpfen, es möge ihnen baldigst gegönt sein, als ehrenvolle Sieger in unser liebes Wien zurück^{zu}kehren.

Wir sind auch diesesmal^{noch} nicht in der Lage uns mit einem den Friedensübergang in grosszügiger Weise vorbereitenden Voranschlag zu beschäftigen, sondern müssen abermals die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse in erster Linie berücksichtigen, wobei jedoch ein^{der} wichtigsten Uebergangsfragen, insbesondere auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und sonstigen sozialen Fürsorgetätigkeit der Gemeinde nach Tunlichkeit bereits eingeleitet wurden.

Es ist selbstverständlich, dass die lange Dauer dieses Krieges auch auf die finanzielle Lage der Gemeinde Wien eine ungünstige Wirkung ausübte, die hauptsächlich durch die allgemein geschaffene Hochkonjunktur auf die Belastung der Gemeinde Wien ihren Einfluss ausdrückte.

Sie macht sich fast bei allen für den Haushalt der Gemeinde notwendigen Auslagen, sowie bei den städtischen Unternehmungen fühlbar und wird insbesondere durch die stetige Steigerung beinahe aller Bedarfs- und Betriebsmittel, die erhöhte Ausgabe für die nicht unberechtigten Forderungen der Angestellten für die Gemeinde zu einer erdrückenden Last.

Speziell bei den städtischen Unternehmungen der Gemeinde kommt sie aber auch noch in anderer Weise zum Ausdruck. Der Staat hat dadurch, dass er seine erhöhten Ausgaben durch Einhebungen eines Kriegszuschlages zu den direkten Steuern, durch Erhöhung der Stempel und Gebühren und durch die Einführung einer Frachtsteuer zu decken suchte, den Wirtschaftsbetrieb der Gemeinde schwer belastet. Schätzungsweise beträgt diese Belastung 5-5 1/2 Millionen Kronen. Die Frachtsteuer allein bedeutet für die städtischen Unternehmungen eine Mehrausgabe und für die Gemeinde Wien eine Mindereinnahme von 3,6 Millionen Kronen, der Zuschlag zur Erwerbssteuer eine solche von 600.000 Kronen, die Rechnungs- und Frachtbriefstempelgebühren eine solche von 200.000 Kronen. Diese Belastung, dann die Verteuerung der Kohle, die sich beim Bezuge von preussischer Kohle noch durch die hohen Markkurse verschärft, die Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, die Kosten der Kriegsaushilfskräfte und endlich die notwendigen Betriebseinschränkungen haben bei den Unternehmungen eine gewaltige Verschlechterung der Voranschlagsgrundlagen bewirkt und ihre Ertragfähigkeit um ungefähr 11 Millionen Kronen vermindert. Unsere Beamten, Lehrer und Arbeiter, die alle bemüht sind in diesen schweren

Zeiten ihre Pflicht bis aufs Aeusserste zu erfüllen, müssen sich dabei noch für sich und ihre Familien mannigfache Entbehrungen auferlegen. Aber wer hätte in diesem entsetzlichen Kriege nicht Entbehrungen zu erdulden? Ganz abgesehen von den Blutopfern, die alle Bevölkerungsschichten auf dem Altar des Vaterlandes bringen, hat auch der Gewerbe- und Handelsstand zu leiden. Ja, selbst jener Stand, der seinerzeit den breiten Massen als Inbegriff des gewährleisteten Reichtums erschien, der bodenständige Hausbesitzerstand, hat unter der Einwirkung des Krieges hart zu tragen.

Die Angestellten der Gemeinde sind also gewiss nicht die Einkigen, denen der Krieg Entbehrungen auferlegt, wobei nicht übersehen werden darf, dass die Gemeindevertretung stets bemüht ist, soweit sie durch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln die Möglichkeit ergibt, helfen einzugreifen und die Lebensbedingungen der Bediensteten zu verbessern. Wenn aber, insbesondere bei den Arbeitern der Vergleich mit den Angestellten der Privat- insbesondere der Kriegsbetriebe herangezogen wird, so muß doch auf die Verschiedenheit der Grundlagen des Dienstverhältnisses - welches mit Ausnahme der auf Kriegsdauer Aufgenommenen besteht - hingewiesen werden. Der Privatbetrieb kann viel leichter den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragen, er ist anpassungsfähiger als die im Großen und Ganzen auch in ihren Unternehmungen an die Grundsätze der Aufwandswirtschaft gebundene Gemeinde, dafür bietet aber die Gemeinde Wien und ihre Unternehmungen den Angestellten ein meist auf Lebenszeit, zumal auch hinsichtlich der Bezüge im Ruhestand und für die Hinterbliebenen gesichertes Dienstverhältnis, -Vorteile, welche die vorübergehend höhere Entlohnung in den Kriegsbetrieben wohl bei weitem übertreffen. Im Vorjahre haben wir zur Deckung der ersten allgemeinen Kriegszulagen-Bewilligung Erhöhungen von Steuerzuschlägen und bestehenden Abgaben, dann eine Erhöhung der Tarife der großen städtischen Unternehmungen beschlossen. Die Erwartungen, die wir an diese Beschlüsse geknüpft haben, sind in Erfüllung gegangen, obwohl die Lustbarkeitssteuer und die Erhöhung des Zuschlages zur Totalisateurststeuer nicht die Genehmigung der Regierung gefunden haben.

Der besonders seit Ende des Vorjahres zutage getretene rege Verkehr in Liegenschaften und zwar in der Regel zu guten Preisen, hat der jüngsten Aktion der Gemeindefinanzpolitik, der auch sozialpolitische Ideen zugrundeliegen, der Wertzuwachsabgabe, sehr genützt. Zu bemerken ist auch, daß von den Theatern und Kinos inzwischen eine freiwillige Abgabe geleistet wird, die mit 350.000 K veranschlagt werden konnte. Unsere Aufstellung wäre also richtig gewesen, wenn nicht inzwischen der Ertrag der städtischen Unternehmungen durch die neue Frachtsteuer und die Erhöhung der direkten Steuern, Stempel und Gebühren um mehr als 5 Millionen Kronen geschmälert worden wäre. Da nun die Gemeinde schon durch die staatliche Steuerpolitik gezwungen ist ihre Unternehmungen nicht bloß vom Standpunkte der Gemeinnützigkeit zu führen, vielmehr auf ein Reinerträgnis derselben angewiesen ist, um sich die Mittel für die Erfüllung ihrer ins Ungemessene wachsenden Aufgaben zu beschaffen, erschien es neuerdings notwendig, bei einigen städtischen Unternehmungen die Einnahmen zu erhöhen, damit der Haushalt der Gemeinde Wien nicht aus dem Gleichgewichte gebracht werde.

Wir waren bemüht, wenigstens für jene Kriegsauslagen, die auch im Frieden fortbestehen werden, die entsprechende Deckung zu finden. Gleichwohl ergibt sich noch immer ein beträchtlicher unbedeckter Abgang. Er ist darauf zurückzuführen, daß auch die Einnahmen der Gemeinde durch den Krieg ungünstig beeinflusst wurden. Vor allem die Verzehrungssteuerzuschläge, sowie die Ueberweisungen aus dem Ertrage der staatlichen Realsteuern und der Branntweinsteuer mußten bedeutend geringer veranschlagt werden, als es unter normalen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Dieser Ausfall allein muß mit rund 4 Millionen Kronen angenommen werden. Selbstverständlich ist nach dem früher Angeführten, daß die Einnahmen aus einzelnen städtischen Unternehmungen unter normalen Verhältnissen bedeutend größer wären. Es ist daher zu ersehen, daß die erhofften Mehreinnahmen an Steuern nicht ausreichen, um den Ausfall aus anderen Einnahmequellen und die durch den Krieg gesteigerten Ausgaben zu decken. Es ist klar, daß nach beendigtem Kriege die Gemeinde Wien außerordentlich großen Anforderungen zu entsprechen hat wird. Allein die Beseitigung der durch den Krieg verursachten Schäden und die Nachholung der im Kriege notwendig versäumten Arbeiten wird bedeutende Summen erfordern. Dazu kommen noch neue Aufgaben, die ich im Allgemeinen bereits angedeutet habe: die Sorge für die heimkehrenden Krieger durch Schaffung von Kriegerheimstätten, durch eine kräftige Gewerbeförderung und Arbeitsvermittlungsfürsorge, die Schaffung von Grundlagen zur Ueberleitung der Armenpflege in eine soziale Wohlfahrtspflege, zweckmässige Ausgestaltung der bereits eingesetzten Jugendfürsorge, der Wohnungsfürsorge, die Bekämpfung der Tuberkulose und Lues, eine Neuregelung des ganzen Approvisionnementwesens durch Einrichtung eines Kontumazmarktes, eines Zentralschlachthauses, Erweiterung des Kühl- und Gefrierhauses und der Lagerhäuser, u.s.w. Die Mittel für die Erfüllung dieser Aufgaben hat sich die Gemeinde durch das im laufenden Jahre aufgenommene Anlehen von 250 Millionen Kronen bereitgestellt. Die Verzinsung dieses Anlehens und die Betriebskosten für einige der zu schaffenden Anstalten werden aber der Gemeinde neue dauernde Lasten aufbürden, die sich im Voranschlage 1917-1918 zum Teile schon geltend machen. Dabei muss mit den beinahe als dauernd anzunehmenden Erschwerungen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege bestimmt gerechnet und wie schon erwähnt, mit einem Abbau der Preise nur in vorsichtigster Weise kalkuliert werden.

Hinsichtlich der heimkehrenden Krieger ist die baldige Reform der Militärversorgung von grösster Wichtigkeit. Bei jeder Gelegenheit muss betont werden: Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, dass erwerbsunfähige und nur beschränkt arbeitsfähige Invaliden oder bedürftige Kriegshinterbliebene wegen ungenügender staatlicher Versorgung auf die Armenpflege angewiesen wären.



Handwritten signature or initials in red ink, located in the upper right quadrant of the page.

3

Die Demobilisierung muss derart durchgeführt werden, dass ein Auftreten von Arbeits- und Stellenlosigkeit in Massen tunlichst auf jeden Fall vermieden wird. Wenn und so weit aber Arbeits- und Stellenlosigkeit unvermeidbar sind, ist die Mittelbeistellung zu ihrer Bekämpfung wiederum Sache des Staates. Die in weiterer Folge des Krieges Arbeits- und Stellenlosen dürfen nicht die Armenpflege verwiesen werden. Arbeits- und Stellenlosigkeit werden umso gewisser vermieden werden können, wenn die Beschaffung der nötigen Roh- und Hilfsstoffe ganz besonders unter dem Gesichtspunkte geleitet wird, dass vor allem die öffentlichen Auftraggeber Staat, Land- und Stadtgemeinden, möglichst bald in die Lage kommen, durch bedeutende Arbeitsaufträge auf die Belebung der Erwerbstätigkeit in Industrie und Gewerbe hinzuwirken. Die Fürsorge kriegsrankter Soldaten und ihre Wiederbefähigung zum Erwerbe ist Sache des Staates. Aber auch bei der Zivilbevölkerung ist infolge der Kriegereignisse die Disposition zur Krankheit weitaus vermehrt, aus Gründen der unzureichenden Ernährung, der Ueberanstrengung in der Hinterlandarbeit, infolge von Kummer, Sorgen und der eingeschränkten Erholungsmöglichkeit. Der Rekonvaleszentenfürsorge wird demnach in den nächsten Jahren grösste Bedeutung zukommen. Die Gemeinde Wien wird diesem Zweige der Wohlfahrtspflege gemeinsam mit den übrigen berufenen Faktoren besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es wird dabei ganz besonders darauf ankommen, die während des Krieges für militärische Zwecke errichteten und erweiterten Heilstätten zugunsten der Zivilbevölkerung fortzuerhalten. In der Erkenntnis der besonderen Bedeutung, die in der nächsten Zeit der Tuberkulosenbekämpfung zukommt, haben wir eine eigene städtische Zentralstelle errichtet. Hoffentlich verschliesst sich die Regierung nicht länger der Einsicht, dass sie mit dem gewiss vortrefflichen Erlasse betreffend die Organisation der Tuberkulosenfürsorge ihre Pflicht bei weitem noch nicht erfüllt hat. Es darf insbesondere nicht verkannt werden, dass im Wege der offenen Tuberkulosenfürsorge allein das Ziel der grossen Aufgabe nicht erreicht werden kann. Wir brauchen Asyle für schwerkranke Tuberkulose die wegen Gefahr für ihre Umgebung nicht in ihren Wohnungen belassen werden können. Bau und Erhaltung solcher Tuberkuloseheime darf man aber nicht wieder der Gemeinde übertragen wollen.

Schon bei der ersten Aufstellung des Voranschlages durch die Stadtbuchhaltung hat sich ein Abgang von 27.5 Millionen Kronen ergeben. Durch die Beschlüsse des Magistrates wurde dieser Abgang auf 15.9 Millionen Kronen herabgedrückt, hauptsächlich infolge der in Rechnung gestellten Tarifregulierung bei den grossen städtischen Unternehmungen, die eine Erhöhung der Abfuhr um 11.1 Millionen Kronen auf 26.3 Millionen gestattet hätte. Die Stadtratsbeschlüsse, welche die Grundlage für diese vom Magistrat vorgenommene Aenderung der Bilanz gebildet hatten, mussten aber infolge der nach der Magistratsberatung beschlossenen Bezugsregelungen für die Angestellten der Unternehmungen geändert werden, sodass sie bei der vom Stadtrate aufgestellten Bilanz nicht berücksichtigt werden konnten, die daher nach Vornahme einiger unwesentlicher Abänderungen einen Abzug von 27 Millionen Kronen aufwies. Infolge der vom Stadtrate nunmehr beantragten Tarifregulierungen würden die Unternehmungen die Mehrausgaben im Jahre 1917/18 für die Angestellten (rund 8.3 M.K.) aus eigenen Mitteln decken und würde ihre Abfuhr an die eigenen Gelder statt früher angenommen 15.2 M.K. nun 26.5 Millionen Kronen betragen, also ungefähr die gleiche Höhe erreichen, wie der Magistrat beantragt hat. Es besteht daher ein Abgang von 27 Millionen Kronen, der für den Fall, als die Herren den Vorlagen bezüglich der Tarifregulierung ihre Zustimmung geben um 11.3 Mi-

lionen Kronen geringer würde, wodurch ein schliesslicher Abgang von 15.7 Millionen Kronen verbleiben würde, der aus den vorhandenen Kassa-beständen zu decken wäre. Eine Ablehnung der vorgeschlagenen Tarifregulierungen würde auch insofern Verschiebungen nach sich ziehen, als die städtischen Unternehmungen für die 8.3 Millionen Kronen Mehrausgaben keine Deckung hätten.

Die Gemeinde stellt alljährlich ihren Voranschlag auf. Er hat unter anderen den Zweck, ersichtlich zu machen, ob die mutmasslichen Einnahmen die mutmasslichen Ausgaben decken werden. Ist dies nicht der Fall, so müssen entweder mindernotwendige Ausgaben gestrichen oder höhere Einnahmen sichergestellt werden. Im vorliegenden Voranschlage sind nun ohnehin nur die notwendigsten Ausgaben veranschlagt. Bloß die Ausgaben, zu denen uns die soziale Fürsorgetätigkeit verpflichtet, hätten wir vielleicht kürzen können. Dadurch würden wir aber dieser so bedeutend wichtigen Pflicht nicht entsprechen, was wohl niemand guthessen könnte. Es bliebe also nur der zweite Weg, die Einnahmen soweit zu erhöhen, damit alle Ausgaben Deckung finden. Soweit dies im Rahmen des Erreichbaren, ohne Verletzung anderer Verpflichtungen der Gemeinde möglich war, ist es auch geschehen; schon im Vorjahre hat der Gemeinderat, - wenn auch nicht leichten Herzens - nach vorsichtiger Prüfung aller vorgelegenen Gründe, einige Einnahmequellen erhöht, beziehungsweise neue Einnahmequellen beschlossen und auch heuer hat bereits der Stadtrat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, die noch durch die neuerlichen materiellen Anforderungen aller Angestellten, eine bedeutende Verschärfung erfahren, beschlossen, dem Gemeinderate zu empfehlen, dass er zu den vorgeschlagenen Tarifregelungen, seine Zustimmung geben möge. Es bestünde allerdings die Möglichkeit, den Abgang mit einer für uns weniger komplizierten Einnahmequelle zu decken, wozu nicht einmal ein Gesetz notwendig wäre: die Erhöhung der Zinsheller, u.s.w. Erstere könnten vom Gemeinderate im eigenen Wirkungskreise bis 15 Heller vorgenommen werden. Durch Heranziehung dieser Post könnte ein bedeutender Mehrertrag erzielt werden, trotzdem haben wir uns dazu nicht entschliessen können, da es die derzeitigen Verhältnisse, gerade auf diesem Gebiete notwendig erscheinen lassen, an dem Bestehenden nicht zu rütteln. Aehnlich ist es bei einer Anzahl anderer in Frage kommender Einnahmeposten. Nur darf ^{man} ~~man~~ die Allgemeinheit nicht belastende Einnahmeposten der Gemeinde zumindest vorübergehend geholfen werden und zwar durch staatliche Zustimmung, dass, wenn auch nicht endgültig festgelegt - von der derzeitigen Kriegsgewinnsteuer beziehungsweise von später kommenden Kriegsteuern jeden Namens, von den höheren Abgabestufen angefangen, ein entsprechender Zuschlag bewilligt werden würde. Wenn die geehrten Herrn auch meiner Meinung sind, würde ich beantragen, dass sich der Magistrat mit dieser Frage beschäftige und ehestens Anträge behufs weiterer Behandlung dieser Angelegenheit unterbreite. Was sollte aber gegenwärtig mit dem Abgange geschehen? Die Lösung dieser Frage ermöglicht uns das günstige Ergebnis früherer Rechnungsjahre. Aus diesen hat sich ein Kassarest angesammelt, der sich als reines Aktivum (wirkliches Vermögen) darstellt und der, wenn er nicht benützt wird, gleichsam auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Um Irrtümern vorzubeugen muss ich auch noch anführen, dass lediglich der Kassarest der eigenen Gelder der Gemeinde herangezogen werden soll, keineswegs aber selbstverständlich der der Anleihen. Das Erzielen grösserer Ueberschüsse um höhere Kassenbestände zu erhalten, muss günstigeren Zeiten vorbehalten bleiben. Es muss derzeit den ausserordentlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Eine Aufteilung des Abganges auf kommende bessere Zeiten erscheint jedenfalls vernünftiger als

die wirtschaftlich ohnehin schwierige Lage mit der Aufbringung des ganzen Fehlbetrages zu belasten und die Deckung aus den laufenden Einnahmen durch eine noch weitere Erhöhung der laufenden Umlagen, beziehungsweise sonstigen Binnahmeposten zu erzwingen. Ein vollkommen geregelter Haushalt ist derzeit bei der Gemeinde ebenso wenig möglich wie beim Staate oder bei den Ländern. Das Land Niederösterreich weist z.B. pro 1917 bei einem Erfordernis von rund 90 Millionen Kronen einen Abgang von 15 Millionen Kronen auf, die Stadt Budapest 39 Millionen Kronen. Nach Festigung der Verhältnisse im Frieden wird auch der Haushalt der Gemeinde Wien wieder vollständig in Ordnung kommen.

Der Berichterstatter bespricht nun eingehend die Hauptziffern des Voranschlages und schliesst dann mit den Worten:

Wir alle hoffen, dass es unseren braven Soldaten in Verbindung mit unseren treuen Verbündeten, die alle zusammen für unsere gemeinsame Sache als Helden in diesem furchtbaren Kriege ihre Pflicht erfüllen, gelingen wird, uns baldigst einen ehrenvollen Frieden zu erringen, der es uns ermöglichen wird, dass wir uns voll und ganz den Friedensarbeiten widmen können, zum Wohle und zum Segen unserer braven Bevölkerung, die in dieser schweren Zeit alle Unbill, die der Krieg mit sich bringt, in so mutiger und hingebungsvoller Weise trägt, wofür ihr der herzlichste Dank gebührt. Ich bin überzeugt, dass trotz aller Entbehrungen die Wiener für ihr Vaterland und ihr geliebtes Wien auch weiterhin alles ertragen werden, was uns diese „eiserne“ Zeit auferlegt und durchhalten werden bis die „Helden der Mittelmächte“ die bösen Feinde überzeugt werden, dass sie unbesiegbar sind.

Vize-Bürgermeister Hierhammer, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, leitet hierauf die Generaldebatte ein und erteilt als ersten Redner dem Gemeinderat Lohner das Wort.

(H. Lohner (kontra) führt aus: Der Augenblick der Eröffnung der Diskussion über den Hauptvoranschlag am Ende des dritten Kriegsjahres trifft den Gemeinderat in einem psychologisch sehr interessanten, ich möchte sagen, stadthistorischen Momente, in jenem Augenblicke, wo nach 2 Jahrzehnten eine Aenderung des elementaren Gefüges des Gemeinderates eingetreten ist. Wenn auch nach langem Zögern und wie wir bei der Abstimmung gehört haben, zum grössten Teil auch schweren Herzens hat sich die Mehrheit entschlossen, die Minderheit in den Stadtrat aufzunehmen. Sie hat auf einen vielleicht noch schmalen Kriegspfad eine schwankende Kriegsbrücke erbaut, über die wir in den Beratungssaal des Stadtrates hinübergelangen sind, freilich nur einige wenige und einer/Herren ist ja sogar zurückgekehrt. Ich will hoffen, dass die Worte des Bürgermeisters, die er an die vollzogenen Stadtratswahlen geknüpft hat, in Erfüllung gehen, ich will annehmen, dass die Brücke bereits fest fundiert ist und dass wir, sowohl die Minorität, wie auch die Majorität, uns bemühen werden, uns auf jenem Boden zu vereinigen, auf dem wir bereits längst hätten stehen sollen, auf dem Boden des gemeinsamen Bewusstseins unserer Pflicht, unseres eingewurzelten Bürgertums. Ich hoffe, dass wir uns auf diesem Boden öfters finden werden, wie bisher und dass auf diesem Boden auch die in jüngster Zeit zutage getretenen bedauerlichen Erscheinungen, dass bei an uns für sich ganz kleinen Debatten seitens Ihrer geschicktesten Redner Reden der Verhetzung zwischen Nationalitäten, Lebensanschauungen, Rassen und so weiter gehalten wurden, wenn auch nicht vollkommen verschwinden, so doch wenigstens in weite Ferne gerückt sein mögen.

Wenn ich nun auf die Sache selbst eingehe und den Voranschlag als solchen ins Auge fasse, so möchte ich vor allem in meinem eigenen Namen und ich glaube im Namen aller Gemeinderatskollegen der Stadtbuchhaltung unseren Dank dafür aussprechen, dass sie uns von den entsetzlichen Bänden, die wir früher gehabt haben, befreit und uns den Voranschlag in Heften vorgelegt hat.

3



Zur Frage der Stadtbuchhaltung selbst möchte ich auf die vorzüglichen Ausführungen, welche uns schon wiederholt unser Kollege Emmerling in Bezug auf die Budgetierung vorgeführt hat, verweisen und ich komme auf ein Steckpferd von mir, das ich aber stolz bin zu reiten, das ist der gänzliche Mangel einer einheitlichen Kontierung und einer einheitlichen Budgetierung unserer städtischen Unternehmungen. Ich habe mir wiederholt erlaubt, diesbezüglich an den Herrn Bürgermeister mit Anfragen heranzutreten und er hat mir schliesslich erwidert, er hätte sich mit den Direktoren der städtischen Unternehmungen ins Einvernehmen gesetzt, aber die Herren fühlen sich augenscheinlich bei der gegenwärtig geübten Art sehr wohl. Ich schätze gewiss jeden einzelnen der städtischen Direktoren als ausgezeichneten Fachmann und uneigennützigsten Vertreter der Gemeindeinteressen, aber ein einheitliches Prinzip muss trotz der Verschiedenheit der Unternehmungen angestrebt und erreicht werden. Es scheint mir, dass der Moment gekommen ist, wo wir die Sache von einem grösseren Gesichtskreis aus als bisher auffassen sollen. Wir haben nach und nach eine städtische Unternehmung an die andere gereicht. Die erste war das Wasser- es ist merkwürdig, dass die Hochquellenleitung nicht auch zu den städtischen Unternehmungen gezählt wird, denn wir leiten das Wasser nach Wien, sammeln es an und verkaufen es- dann kamen die Gaswerke, die städtischen Strassenbahnen, die städtischen Elektrizitätswerke und nun verfolgen naturgemäss die einzelnen Unternehmungen ihren eigenen Weg. Dies mag an und für sich richtig sein, aber vom Gesamtinteresse der Stadt Wien aus betrachtet, kann man dem gewiss nicht zustimmen und es drängt sich mir der Eindruck auf, dass es notwendig wäre, entweder eine Art Generaldirektion oder eine Art technisches Generalinspektorat für unsere gesamten Unternehmungen zu schaffen, das einerseits die grossen Direktiven zu geben in der Lage wäre und andererseits auf die diversen Unternehmungen zentralisierend wirken könnte. Ich verweise da nur auf das Automobilwesen, das sich bei den verschiedensten Punkten unserer städtischen Verwaltung vorfindet. Eine derartige Kontrollorgan oder - Inspektorat, das unmittelbar dem Gemeinderatspräsidium untersteht und in direkter Fühlung mit diesem ist, würde meiner Ueberzeugung nach nicht nur eine ausgezeichnete Erleichterung für das Gemeinderatspräsidium bedeuten, sondern es würde auch die grossen Züge der städtischen Unternehmungen vereinheitlichen und in geregelte Bahnen führen.

Der Redner wünscht dann, dass die Wassergebühren, welche bei einer Einnahme von 16'8 Millionen Kronen und einer Ausgabe von ungefähr 6 Millionen Kronen einen Reinertrag von über 10 Mill. Kronen abwerfen, nicht mehr als Gebühren behandelt werden, sondern dass eine städtische Unternehmung geschaffen werde. Uebergehend auf die Behandlung der Bevölkerung durch die Steuerbehörden, ersucht er das Präsidium, es möge die Einhaltung des Grundsatzes überwachen, dass die Steuerschraube nicht so stark angezogen werde, dass die Bevölkerung finanziell geschwächt wird. Insbesondere werden durch die vor einigen Wochen erlassene kaiserliche Verordnung über die Erwerbssteuer einzelne Personen aus der grossen Menge herausgerissen und ihnen eine Erwerbssteuer vorgeschrieben, die oft das vierzigfache der früheren Steuer ausmache. Dazu komme noch, dass die übrigbleibenden Steuerträger trotz des Ausschleissens einer Anzahl von Besteuernten das ganze Kontingent aufbringen müssen. Es müsse getrachtet werden, dass diese kaiserliche Verordnung baldigst vom Reichsrat überprüft werde oder dass Durchführungsbestimmungen zum Schutze der Erwerbssteuerzahler erlassen werden.

Uebergehend auf die Verkehrsverhältnisse Wiens während der Kriegszeit wünscht der Redner zunächst eine Verbesserung des Strassenverkehrs durch dessen Regelung bei der Oper und beim Schottenring. Vielleicht liesse sich die beste Lösung in der Form finden, dass in der ganzen Ringstrasse eine Unterpflasterbahn gebaut würde, welche seinerzeit einen Abschluss an die U-Grundbahn bekommen soll. Hinsichtlich der letzteren wünscht er die Einsetzung eines kleinen gemeinderätlichen Komitees, das dem neuen städtischen

Studiumsbureau beigegeben werden möge. Redner bespricht ferner auch noch den Uhrwerksverkehr und ersucht das Präsidium, es möge an die Militärverwaltung herangetreten werden, damit, sowie es in der Stadt Budapest geschehen ist, für die Kraftfahrzeuge im Wege der Gemeinde Pneumatiks beigegeben werden.

Er anerkennt im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen das Wirken der städtischen Berufsfeuerwehr und fordert, dass man diese von den Fesseln befreie, die ihr durch die freiwilligen Feuerwehren auferlegt werden. Ich weiß, sagt der Redner, dass die freiwilligen Feuerwehren ihr Bestehen nicht nur der ihnen inwohnenden lebendigen Kraft, sondern einer Reihe von Nebenerscheinungen verdanken, die sich in schönen Uniformen und in Titeln ausdrücken. Es ist bei den freiwilligen Feuerwehren dasselbe in ~~Alau~~ ^{Alau}, was das Veteranentum in gelb darstellt, und ausserdem haben die freiwilligen Feuerwehren für Sie einen gewissen parteipolitischen Wert. Ein Grossfeuer im 16. Bezirk hat aber in der letzten Zeit gezeigt, dass das Bestehen der freiwilligen Feuerwehren das Eingreifen der städtischen Feuerwehr behindert. Diese erschien erst sehr spät auf dem Brandplatze und Oberinspektor Jenisch erklärte auf Befragen, die Hauptfeuerwehr könne nur dann eingreifen, wenn der Brand im Gebiete der ehemaligen Verzehrungssteuerlinie ausgebrochen sei und wenn sie von der freiwilligen Feuerwehr des betreffenden Ortes zu Hilfe gerufen werde. Eine Abänderung dieser Bestimmungen ist dringend notwendig.

Der Redner wünscht weiter die schnelligste Errichtung einer Hauptfeuerwache im 21. Bezirk und weist darauf hin, dass man sich bezüglich der städtischen Bäder ohne weiters mit einem Minderertrag abfinden könne, beim „Gänsehäufel“ aber sei ein solcher in der Höhe von nahezu 50,000 Kronen etwas zu hoch. Das könnte durch eine vorsichtiger Budgetierung der Ausgaben oder durch eine Erhöhung der Einnahmen geändert werden. Er beanstandet die vielfach zu beobachtende zweckwidrige Bespritzung der Strassen und urgiert die Einführung des Koprophorsystems in Bezug auf die Staubplage. Auf die Lebensmittelfrage übergehend, verweist er auf die zweckmässige Verteilung der Lebensmittel in Deutschland, die das wenige, das vorhanden sei, den Bewohnern zuteile, so dass bis vor kurzem noch Speisekartoffeln bis zu 5 Pfund per Woche abgegeben werden konnten und das Angebot an frischen Fischen sogar die Nachfrage stark überstieg und dass schliesslich den Berlinern vor kurzem die doppelte Wochenmenge an Fett zur Verfügung gestellt werden konnte. Seit Jahrzehnten, sagt Redner bei Besprechung dieses Zweiges der städtischen Fürsorge, haben wir bei uns einen fortschreitenden Industrialisierungsprozess durchgemacht, in Oesterreich einen natürlichen, in Ungarn einen vielfach gezüchteten, und es wirft sich die Frage auf, ob man nicht einen atavistischen Weg einschlagen sollten, ob wir als Gemeindevertreter nicht ernstlich daran denken sollten, zu den Betrieben, welche die Gemeinde bereits gegründet hat, neue zu gründen, die wir heute besonders brauchen, ob wir uns nicht agrarisieren könnten und sollten. Wir haben bereits zahlreiche kleine landwirtschaftliche Betriebe, die wir verpachtet haben und es wäre gewiss angezeigt, deren Ertragnis direkt auf den Markt zu bringen, um so Lebensmittel in möglichst guter und preiswürdiger Art der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Der Redner bespricht sodann, den Mangel an Rauchermaterialien, der ja seine Ursache in dem begreiflichen Bestreben habe, unsere Valuta zu stützen, aber doch sehr schwer empfunden werde. Es sei übrigens nicht alle Städte so schlecht bedacht, wie Wien, denn in Triest wurde, wie allerdings nicht in einer österreichischen, sondern in der Frankfurter Zeitung gelesen habe, die Einführung getroffen, dass jedem Raucher das Recht zugestanden wurde, in einem Zeitraum von 5 Tagen 3 Kronen an Rauchwaren pro Kopf zu beziehen. Wenn wir solche Mengen in Wien hätten, wären wir ~~zufrieden~~ ^{als zufrieden}.

Weiters bespricht der Redner sodann die Kohlenfrage, die allem Anscheine nach nicht besser, sondern im kommenden Winter wo-

möglich noch schlechter werde. Man wisse, dass die Verkehrströgen noch immer nicht behoben seien und die Zufuhren an Kohle nicht in der Weise erfolgen, wie sie erhofft wurden. Und da stehe einer grossen Klasse der Bevölkerung die Ueberraschung bevor, dass ihnen die Gasheizung, die sie im Vertrauen auf die Propaganda der Gemeindeverwaltung sich einrichten liessen, abgesperrt werde. Die Sache wäre ja nicht so böse, wenn man wüsste, dass als Ersatz hierfür Kohle vorhanden wäre, aber davon sei wohl keine Rede. Da müsse einem wohl vor der bevorstehenden Situation zu grauen beginnen.

Zum Schlusse gibt der Redner noch eine Anregung bei der Beratung der Abänderung des Gemeindestatutes. Nach ihr wären von sämtlichen wirtschaftlichen Kooperationen Vertreter in den Gemeinderat zu entsenden, wodurch die Gewähr für eine erhöhte Sachlichkeit der Beratungen im Gemeinderate gegeben wäre. Es kämen im ganzen ungefähr 20 bis 22 solche wirtschaftliche Organisationen und Kooperationen in Betracht, die übrigen Gemeinderäte wären in derselben Weise, wie es jetzt geschieht, zu wählen. Redner schliesst mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. (lebhafter Beifall)

GR. Vaugoin erklärt, er sei zwar nur auf eine kurze Zeit in Wien es dränge ihn aber einige Worte zu sprechen. Die geplanten Erhöhungen der Strassenbahnfahrpreise, der Gastrompreise seien ihm ebenso wenig sympathisch, wie jedem anderen, er anerkenne aber die Notwendigkeit, da die Löhne der Beamten und Arbeiter geregelt werden müssen. In Anbetracht der ausserordentlichen Teuerung werde diese Regulierung der Bezüge sicherlich nicht die letzte sein. Das Bestreben der Staatsverwaltung, die Kriegsgewinner zu erhöhten Beiträgen für die Allgemeinheit heranzuziehen, müsse als richtig bezeichnet werden, es werden aber oft die Unrechten getroffen und Gewerbetreibende und Geschäftsleute betroffen, die alles nur nicht Kriegsgewinner sind. Man scheine fast darauf hinauszugehen, den Gewerbestand auszurotten. Uebergehend auf die Approvisionierungsverhältnisse Wiens bezeichnet er diese als sehr traurige.

Es sind Zentralen gegründet worden, sagt Redner, welche die Lebensmittel dem Erzeuger direkt abnehmen und die die Aufgabe hätten, die Waren dem Verbraucher zuzuführen, das geht aber so weit, dass heute selbst die Gemeinde Wien auf diese Zentralen angewiesen ist und um die Lebensmittel förmlich bitten und betteln muss. (Rufe bei der Opposition, „ Das ist eben das bedauerliche “) Wir sind seit 3 Jahren wie in einer Festung eingeschlossen, aber ich glaube, bei einer richtigen Verteilung wäre es nicht notwendig, dass die Not in einzelnen Teilen des Reiches gross ist während sich in anderen Teilen nicht einmal Mangel zeigt. (GR. Stein: In Ungarn!) Es gibt sowohl diesseits, wie jenseits der „eitha“ Haushalte, die heute noch Ueberfluss haben. Ich begrüsse es, dass der Herr Vizebürgermeister Hoss in seinem Berichte erklärt hat, dass an die Regierung wegen Ausbeutung der Kriegsgewinnsteuer für die Gemeinde herangetreten werden wird. Aber es macht mir den Eindruck als ob man die Kriegsgewinnsteuer noch immer nicht in richtiger Weise erfasst hätte, sondern wieder viele belasten wollte, die ohnehin schon schwer genug belastet sind. Es wird immer behauptet, die Schuld an der Teuerung hätten die Agrarier, das sollten sich doch gewisse Zeitungen abgewöhnen. Ich und wir alle hier sind gewiss keine Agrarier, aber wenn jene unter Agrariern den Bauernstand nennen, dann begreifen sie ein ausserordentliches Verbrechen an diesem, der in diesem Kriege so ausserordentliches geleistet hat. Greise und Kinder sind es, die heute die Felder bestellen, die Bauern sind dort, wo es am heissesten hergeht. Die Bauern finden wir nicht in nächtlichen Vergnügungskokalen, die finden wir nicht in den Automobilen, die füllen die Schützengräben draussen und die Heldengräber (lebhafter Beifall) (GR. Stein: und die Städter nicht ?) Ich komme schon dazu, wir Wiener müssen die Einigkeit anerkennen, weil wir

auf das Hinterland angewiesen sind. Wenn man wissen will, wer diejenigen sind, die die Lebensmittel verteuern, dann braucht man nur die Gerichtssaalrubriken der Blätter lesen. Nach 3 Jahren Krieges kann es für uns Wiener nur eine Meinung geben: Wir müssen zusammenhalten ohne Unterschied der Partei, um endlich das zu erreichen, was der Stadt Wien gebührt. Es gibt nicht bloss Helden draussen an der Front, sondern auch hier. Die armen abgerackerten Frauen, die sich um 6 dkg Fett anstellen müssen, sind auch Heldinnen! Aber unter diesen Frauen finden Sie nicht nur Arbeiterfrauen, unsere Beamtenfrauen sind auch darunter und sie sind heute noch viel schlechter daran, denn heute geht es dem Beamtenstande vielfach noch viel schlechter, als dem Arbeiter. Die Reichshauptstadt Wien hat es sich nicht nur durch ihr patriotisches tadelloses Aushalten verdient, dass ihr das gegeben wird, was sie zum Lebensunterhalte braucht, es haben sich das auch jene Helden verdient, die draussen im Felde gestanden sind und heute noch stehen, denn wir Wiener dürfen stolz auf unsere Söhne, auf unsere Väter sein, die ja heute auch schon vielfach an der Front kämpfen. Ohne Unterschied der Partei glaube ich, müssen wir uns eifrigst bemühen, für uns Wiener, das was notwendig ist, zu erreichen, damit den Helden draussen an der Front die Beruhigung gegeben ist, dass ihre Frauen und Kinder daheim nicht Not leiden. Ich kann es bei der Budgetdebatte auch nicht vorübergehen lassen, dem Bürgermeister Dank zu sagen, für seine unendlichen Mühen und seine aufopfernde Tätigkeit. Dank auch seinen Beratern! Ob uns nun in kurzer Zeit das hohe Glück beschieden sein wird, Frieden zu bekommen, oder ob der Krieg noch weiter dauern wird, eines müssen wir uns vor Augen halten, dass es gleich nach Friedensschluss ebenso nicht besser werden wird, wie wenn der Krieg noch länger fort dauert. Es wird notwendig sein, dass wir für den Winter Vorsorge treffen, damit die Klagen des vergangenen Winters sich nicht wiederholen. Zum Hunger darf sich nicht das Frieren gesellen. Der allem Anscheine nach zu erwartenden Kohlennot muss schon jetzt vorgebeugt werden, damit es nicht zur Not überhaupt kommen kann.

Ich glaube, dass das ganze Budget, das uns heute vorliegt, als ein abgeschlossenes Ganzes im Kriege nicht betrachtet werden kann, ich glaube, dass es äusserst labil ist und ich weiss nicht, ob nicht in dem Momente, wo es entstanden ist, schon wieder Anforderungen entstanden sind, die es hinfallig machen. Jeder Staat hatte die Möglichkeit, seine Ausgaben durch Kriegsanleihen zu bedecken, der Gemeinde Wien ist es bisher nicht eingefallen, eine solche Kriegsanleihe aufzunehmen, denn die bisherigen Anleihen waren immer Investitionsanleihen und die Gemeinde Wien sucht auch jetzt ständige Einnahmen für ständige Belastungen zu finden.

Ich auf meinem kurzen Aufenthalte in Wien auch an Unerfreulichem gefunden und gesehen habe, hat mich doch eines erfreut. Als ich vor 3 Jahren diesen Saal hier verlassen hatte, fand ich ein anderes Beisammensein vor als heute. Ich spreche nicht davon, dass die Opposition in den Stadtrat eingezogen ist, aber ich möchte davon sprechen, dass heute ein ganz anderer Ton und ein anderer Verkehr herrscht. Wenn der Burgfriede dazu führt, dass wir uns gegenseitig übertreffen wollen in der Tätigkeit zum Wohle der Stadt, dann wird er gute und schöne Früchte tragen. Deswegen freut es mich auch, dass heute eine so würdige, angenehme und kollegiale Verhandlung im Gemeinderate stattfindet und würde nur wünschen, dass dies auch über die Dauer des Krieges hinaus erhalten bleiben wird. Wenn der Gemeinderat der Regierung und dem Parlamente gegenüber geschlossen auftritt, wird er erreichen müssen, was die Stadt Wien an Notwendigkeiten braucht. Dazu müssen wir uns aber alle um unser Stadtoberhaupt schaaren, absehend von allen Parteiunterschieden. Ihm, der so schwer zu tragen hat, müssen wir unsere Unterstützung leihen, damit er weiter in dieser schweren Zeit seine Pflicht zu erfüllen im Stande ist. Angriffen ist jeder ausgesetzt, der im öffentlichen Leben steht, aber um uns gegenseitig zu zerfleischen, dazu ist die Zeit wohl endgültig vorüber. Jetzt wollen wir nur eines festhalten.

So wie unsere Soldaten draussen glorreich und siegreich den Feind bekämpfen, und sein Eindringen wahren, wollen wir hier im Hinterlande tätig sein, um den inneren Feind zu bekämpfen. Dabei wollen wir, dass unsere Kämpfer draussen das Bewusstsein haben, dass, wenn es auch im Hinterlande hart hergeht, doch die massgebenden Faktoren nichts unversucht lassen, was nur eingermassen im Stande ist, die Not zu lindern. Ich gehe in einigen Tagen wieder hinaus, aber mit dem Bewusstsein, dass hier gedeihliche und zweckdienliche Arbeit geleistet wird und dass in Wien, wenn es an den Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung gelegen wäre, die Dinge anders stehen würden, als heute der Fall ist. Dieses Bewusstsein, werde ich draussen auch meinen Kameraden und Soldaten verkünden und wenn wieder Notbriefe kommen von Frauen und Kindern, sagen: „Unschuldigen daran sind Bürgermeister und Rat dieser Stadt.“ (Lebhafter Beifall)

GR. Ignatz Fischer führt aus, dass er sich eigentlich wundere, dass das Defizit bei den vielfachen Ansprüchen, die an die Gemeinde gestellt werden nicht noch grösser sei. Es sei selbstverständlich, dass man hierfür eine Bedeckung suchen müsse, aber nicht in indirekten Steuern, sondern durch Heranziehung derjenigen, welche im Kriege kolossale Verdienste erzielt haben. Die Regierung tue ja doch nichts dergleichen, was die Approvisionierungsfrage anbelangt, sei er der Meinung, dass jeder Gemeinderat, welcher zu Worte komme, diese Frage berühren müsse, schon damit die Leute draussen, die mit Vorwürfen sehr bald da seien, sehen, dass man nicht die Augen verschlossen habe und die Leiden des Volkes kennt. Der grösste Fehler wurde mit der Errichtung der Zentralstellen begangen, die zu einer Wucher- und Aushungerungsgesellschaft wurden. Man wundere sich, dass man keine Milch und kein Fleisch habe, vergesse aber, dass viele Bauern draussen das Vieh verhungern lassen müssen, weil sie kein Futter für dasselbe haben, oder ein ganz ungeeignetes Futter zu horrenden Preisen kaufen müssen. Da dürfe man es dem Bauern und dem Oekonom schliesslich nicht übel nehmen, wenn er das Getreide so gut versteckt, dass man es überhaupt nicht mehr findet.

Was insbesondere die Kartoffelversorgung anbelangt, so müsse zunächst beim Transport und bei der Einlagerung fachmännischer vorgegangen werden und man müsse unbedingt fordern, dass Wien im nächsten Winter ausreichend versorgt werde. Der Bürgermeister möge diesbezüglich beim Ernährungsminister vorstellig werden und wenn von ihm nicht genügende Sicherheiten gegeben werden, so müsse diese Bitte an Allerhöchster Stelle vorgetragen werden. Es müsse auch verlangt werden, dass die Gemeinde die Erlaubnis erhält, den Kartoffelbedarf für die Stadt selbst einzukaufen. Bezüglich der Versorgung der Stadt Wien mit Gemüse und Obst müsse bewirkt werden, dass die Erzeuger ihre Waren auf den Markt bringen, nicht aber dass diese an Sanatorien und andere kaufkräftige Faktoren verkauft werden. Es müsse ferner die weitestgehende Dezentralisierung angestrebt werden, damit endlich das Anstellen ein Ende findet.

Der Gebarungsabgang der Stadt Wien wird stetig grösser werden, ^{es} wird aber nicht möglich sein, die Fahrpreise der Strassenbahnen und die Preise der beiden anderen Unternehmungen fortwährend zu steigern, es muss deshalb versucht werden, durch einen intensiveren Betrieb der Unternehmungen grössere Einnahmen zu erzielen. Bei den städtischen Strassenbahnen sei während der Kriegszeit ein hoffnungsvoller Versuch mit der Güterverfrachtung gemacht worden und es sei zu wünschen, dass die im Frieden gemachten Erfahrungen dem Unternehmen und der Allgemeinheit in der Friedenszeit zugute kommen. Der gemischte Betrieb der Strassenbahnen kostet uns viel Geld und es sei nicht erklärlich, warum die Dampfstrassenbahnen nicht schon längst elektrifiziert wurden.

Die städt. Gaswerke hätten die Aufgabe ihren Ausfall durch rationelle Wabahrung wieder zu decken und sie dürfen nicht mit den Preisen in die Höhe gehen. Den Elektrizitätswerken könne der Vorwurf nicht erspart werden, dass das Bergwerk Zillingdorf, das für sie besonders geschaffen wurde, versagt habe. In Bezug auf die Kohlenversorgung müsse sich die Gemeinde Wien unathängig machen. Der Redner bespricht dann die Frage des Umbaus des Westbahnhofes, die er als unglückseliges Projekt bezeichnet, das am allerwenigsten Wien nützen könne, denn man werde dadurch die Heizhäuser nicht los und die Rauchplage bleibe im Villenbezirk Hietzing die gleiche, wie bisher. Wenn der Frieden komme, müsse sich Wien endlich aufräumen und neue moderne Bahnhöfe schaffen. Er verweist auf seine Anregung den Ost- und den Südbahnhof zu verbinden und fordert auch die Schaffung von den Wiener Verhältnissen entsprechenden Lastenbahnhöfen. Der 21. Bezirk müsse einen eigenen grossen Güterbahnhof bekommen und zwar derart, dass Explosions- und brennbare Stoffe aus dem Weichbilde der Stadt verschwinden. Die Werkstätten und Heizhäuser müsse man ebenfalls aus der Stadt entfernen und die Kohlenrutschen des Nordbahnhofes müssen dezentralisiert werden. In der Frage der Untergrundbahnen müsse der Stadt Wien ein weitgehendes Recht auf Enteignung zugestanden werden; denn eine Stadt mit 300 Millionen Kronen jährlichem Budget sei ein kleiner Staat und müsse Privilegien haben. Redner warnt davor die Trasse der Untergrundbahnen endgültig festzusetzen bevor Fachleute die Versicherung gegeben haben, dass sie auch den Anforderungen einer Grossstadt entsprechen können. Die Untergrundbahnen dürfen nicht nur die Hauptstrassen, sondern müssen auch die Hauptbahnen miteinander verbinden. Im Zusammenhange mit der Untergrundbahnfrage erörtert der Redner auch die Frage einer Unterführung der Ringstrasse bei der Opernkreuzung, welches Projekt schon gegenwärtig in Angriff genommen werden könne.

Redner bespricht nochmals eingehend die im Winter zu befürchtende Kohlenmisere und bezeichnet den Erlass des Arbeitsministers, nach welchem 20 % sämtlicher Kohlenzufuhren auf dem Nordbahnhofe verbleiben müssen, als unzweckmässig, da es bei plötzlich eintretendem Froste nicht möglich sein werde, von einer Stelle aus ganz Wien sofort mit Kohle zu versorgen. Es müsse aber auch an Deutschland herangetreten werden, dass es uns ebenso wie in Friedenszeiten mit Schwarzkohle versorgt, denn sonst müsse getrachtet werden, dass nicht unsere ganze Braunkohle nach Deutschland geht, sondern bei uns zu Heizzwecken verwendet werde.

Um die gute Stimmung der Bevölkerung im Hinterlande zu erhalten, müssten doch auch Mittel und Wege gefunden werden, um die Bevölkerung mit Tabak und Zigaretten zu versorgen.

Redner schliesst, wenn die friedlichen Verhältnisse wieder eintreten, so muss versucht werden, durch intensive Arbeit, durch wirklich rationelles Gebaren mit vereinten Kräften wieder gutzumachen, was der Krieg verschuldet. Ich wünsche, dass in diesem Hause die Vertreter aller Parteien sich zusammenfinden, um sachliche Arbeit für die Stadt und die Bevölkerung zu leisten, damit die Allgemeinheit sieht, dass wir bestrebt sind, alles vorzukehren, damit jeder leben kann. (Lebhafter Beifall).

Die Beratung wird unterbrochen und in der morgigen Sitzung fortgesetzt.